

Innenpolitik

8 Partei stellt Korruptionsbekämpfung unter direkte Kontrolle der Zentrale

Die Disziplinkontrollkommission des ZK der KPCh veranlasste Mitte April, dass alle Inspektoren der Partei zukünftig nur noch der Zentrale in Beijing Rechenschaft schulden. Die Maßnahme sei ein Signal dafür, dass die Partei es mit ihrem Kampf gegen die Korruption ernst meine, so Kommissionsleiter Wu Guanzheng. Bisher unterstanden Inspektoren sowohl der zentralen Disziplinkontrollkommission als auch den Abteilungen auf den verschiedenen administrativen Ebenen, zu deren Überwachung sie eingeteilt worden waren. Dabei lag die Entscheidung über den Karriereweg der einzelnen Kontrolleure bei den Abteilungsleitern. Dieses System soll nach Meinung von Experten eine ernst zu nehmende Überwachung von Spitzenkadern verhindert haben. Die neue Maßnahme könnte nun ein Schritt in Richtung unabhängiger Inspektionen sein. Zahlreiche Beobachter bewerteten den Schritt positiv. Der Dekan des Politikfachbereiches der Universität Beijing erklärte beispielsweise: „Die Änderungen richten die Machtstruktur neu aus und erreichen so, dass die Macht lokaler Funktionäre nun durch ein System der ‘Checks and Balances’ reguliert wird. Dies stellt eine Verlagerung hin zu vertikaler Kontrolle dar.“ Ein weiterer Kommentator erklärte gegenüber der *South China Morning Post*: „Wenn Kontrolleure nur noch die Zentralbehörde repräsentieren, dann werden sie nicht länger die Einflussnahme korrupter, mächtiger und antidemokratischer Kader fürchten.“

Der Kampf gegen korrupte Funktionäre ist eine der grundlegendsten Herausforderungen der neuen Führungsriege um Hu Jintao. Um diese Tatsache zu unterstreichen, veröffentlichte die Partei im Januar erstmals Regelungen zur internen Überwachung. Im vergangenen Jahr bestrafte der Oberste Gerichtshof zwölf Kader in Führungspositionen auf Provinzebene.

Insgesamt verhandelten chinesische Gerichte nahezu 23.000 Fälle von Korruption. Lediglich 573 der Angeklagten wurden verurteilt. Nach Meinung von Analysten zeigt dieses Missverhältnis, dass eine der gravierendsten Gefahren bei der Korruptionsbekämpfung von bestechlichen Richtern ausgehe.

Dieses Problem hat nun auch das Oberste Volksgericht erkannt. Staatlichen Medien zufolge habe Xiao Yang, Präsident des Volksgerichtes, Richter als die „am leichtesten zu korrumpierenden Funktionäre“ bezeichnet. Aus diesem Grund müssten Kontrolleure ihre Aufmerksamkeit auf diese Gruppe von Kadern konzentrieren, so Xiao. Der Leiter des Disziplinar-Komitees des Gerichtshofes, Liu Yucheng, wies Richter in diesem Zusammenhang an, keine Geschenke zu akzeptieren. Außerdem erklärte Liu, sollten Richter verhindern, dass sich ihre Familienmitglieder oder Untergebenen „in Verhandlungen und Urteilsvollstreckungen einmischen“.

Auch die zentrale Disziplinkontrollkommission schaltete sich in die Diskussion am Obersten Volksgerichtshof ein. Der stellvertretende Leiter He Yong machte deutlich, dass die Partei jene „kleine Anzahl schwarzer Schafe“ aus den Reihen der Richter bestrafen werde, die sich der Bestechung, des Nepotismus und der Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Volk schuldig gemacht hätten. Außerdem werde man das System zur Bestrafung und Prävention von Korruption im judikativen Sektor verbessern. Mit Bildungsmaßnahmen und Kontrollen würde es der Zentrale gelingen, das Problem an seiner Wurzel zu bekämpfen, versprach He. (XNA, 7.4.04; Xinhua, 7.4.04, nach BBC PF, 8., 9.4.04; WSJ, 8.4.04; RMRB, 8.4.04, nach BBC PF, 10.4.04; SCMP, 15.4.04) -fs-

9 Einheitliche Prüfungen für Kader

Wie die Agentur Xinhua berichtete, gab die Parteizentrale am 29. April eine neue Richtlinie für die Ernennung von Funktionären heraus. Das neue Prüfungsverfahren ersetzt die ehemaligen Selektionskriterien aus dem Jahr 2000 (C.a., 2000/10, Ü 16). Ab sofort werden Bewerber für Partei- und Re-

gierungsfunktionen einer einheitlichen mündlichen sowie schriftlichen Prüfung unterzogen. Der Test prüfe vor allem Schlüsselqualifikationen wie Flexibilität, Kreativität und Kommunikationstalente, so ein Parteisprecher. Fragen zur Allgemeinbildung und zu Fachwissen seien ebenfalls Bestandteil der Prüfung. Insgesamt umfasse die Richtlinie 784 Themen, die zukünftige Funktionäre beherrschen müssten. So verlangt die Prüfung von Bewerbern etwa Detailwissen zur Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ (*san ge daibiao*), zu aktuellen Gesetzen und Verfahren sowie zu den neuesten Verfassungsänderungen. Eine nationale Datenbank sowie einige Online-Dokumentationen auf Provinzebene sollen umfangreiche Prüfungsvorbereitungen ermöglichen.

Beobachtern zufolge waren die bisherigen Beförderungskriterien der KPCh für die Bevölkerung eine zentrale Ursache von Unzufriedenheit. Dies wurde etwa deutlich, als die KPCh im April eine Hotline für Beschwerden in Betrieb nahm. Laut Angaben der *South China Morning Post* riefen in den ersten 11 Tagen fast 40.000 Menschen den telefonischen Kummerkasten an. Eine große Zahl der Anrufer habe sich über das Auswahl- und Ernennungsverfahren von Funktionären beschwert, so das Blatt.

Kommentatoren gehen davon aus, dass die klareren Vorgaben für die Besetzung von Kaderpositionen dazu beitragen sollen, das Image der KPCh zu verbessern. Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge ist die KPCh bestrebt, mehr jüngere und besser qualifizierte Mitglieder in ihren Reihen aufzunehmen. He Guoqiang, Leiter der Organisationsabteilung des ZK der KPCh, erklärte Ende April bei einer Inspektionsreise durch die Provinz Fujian: „Wir müssen darauf achten, Parteimitglieder aus den Frontlinien von Produktion und Arbeit sowie qualifizierte Fachkundige und junge Menschen zu rekrutieren“. Auch Vertreter „anderer sozialer Schichten“ wie etwa Unternehmer, müssten gemäß Jiang Zemins Formel der „Dreifachen Repräsentation“ stärker zur Partizipation ermuntert werden. Nur auf diese Weise könne die Partei ihre „fortschrittliche Natur“ bewahren, so der Chef der für Personalfragen zuständigen ZK-Abteilung.

Schon seit einiger Zeit ist die Partei um ein innovatives und junges Image bemüht. Die „Verjüngungskur“ war jedoch bislang nicht von erkennbarem Erfolg gekrönt (C.a., 2002/8, Ü 13). Vor allem der Weg in das Informationszeitalter ist für die KPCh mit Steinen gepflastert. Zwar hat die chinesische Führung den Willen bekundet, ihr Internetengagement auszubauen, doch für die Weiterentwicklung einer „elektronischen Regierung“ (engl.: E-Government) fehlen Spezialisten: „Verwaltungsbeamte mit IT-Erfahrung werden auf allen Regierungsebenen Chinas dringend benötigt“, erläuterte Direktor Hu Xiaoming von der staatlichen Informationszentrale – kein gutes Zeichen, wenn man bedenkt, dass die Volksrepublik heute weltweit die zweitmeisten Internetnutzer verzeichnet. Die Zahl der „Web-Surfer“ auf dem chinesischen Festland lag Ende 2003 bei fast 80 Mio., Tendenz steigend. Die Regierung will nun diese potenziellen „Internet-Bürger“ (engl.: „Netizens“) erreichen. Dazu erläuterte Hu Xiaoming: „E-Government könnte den öffentlichen Dienst verbessern und dabei helfen, eine transparente und effiziente Regierung zu formen“. Darüber hinaus liefere eine effiziente Internetpräsenz die Basis zur besseren Kommunikation mit der internationalen Gemeinschaft, so Hu weiter. Bislang blieb der Andrang von Computerspezialisten auf Parteipositionen jedoch aus. (SCMP, 15.4.04, nach BBC PF, 16.4.04; Xinhua, 20.4.04, nach BBC PF, 25.4.04; XNA, 20., 28., 29.4.04) -fs-

10 Landesweite Kampagne soll Verfassungsinhalte vermitteln

Seit dem 5. April führt das chinesische Justizministerium eine landesweite Bildungs- und Aufklärungskampagne durch. Ziel sei es, dem Volk die jüngsten Verfassungsänderungen zu vermitteln. Das erklärte Anfang des Monats Justizminister Zhang Fusen.

Der X. Nationale Volkskongress hatte auf seiner zweiten Plenarsitzung im März dieses Jahres eine Reihe von umfangreichen Verfassungszusätzen verabschiedet (C.a., 2004/4, S.259-274). Bei der Revision handelt es sich um die vierte Änderung des seit 1982

geltenden Dokuments. Nach Ansicht von Experten stellen die aktuellen Zusätze die bislang weitestreichenden Neuerungen des Verfassungstextes dar. Zum einen erweitert die neue Verfassung die bisherige Staatsideologie um das parteipolitische Erbe des ehemaligen KPCh-Generalsekretärs Jiang Zemin: Dessen Formel der „Dreifachen Repräsentation“ (*san ge daibiao*) ist nun gemeinsam mit dem „Marxismus-Leninismus“, den „Mao-Zedong-Ideen“ und der „Deng-Xiaoping-Theorie“ Teil der theoretischen Grundlage von Chinas politischem System. Zum anderen fordert die neue Verfassung vom Staat, ein soziales Sicherungssystem aufzubauen, die Menschenrechte zu wahren und privates Eigentum zu schützen.

Vor allem der Schutz privaten Eigentums hatte im Vorfeld der Verfassungsrevision eine intensive Debatte ausgelöst. Sowohl innerhalb der Partei als auch in der Bevölkerung kritisierten Kommentatoren, die Verfassungszusätze dienten vornehmlich den Interessen emporstrebender Unternehmer. In zahlreichen Internetforen entbrannte eine derart hitzige Debatte, dass die Parteiführung vor der jüngsten Plenarsitzung des Nationalen Volkskongresses die Diskussion über Verfassungsreformen in allen Medien sowie staatlichen Bildungseinrichtungen grundsätzlich untersagte (C.a., 2004/1, S.33-39).

Angesichts dieser Debatte überrascht es nicht, dass die Regierung nun die umstrittenen Änderungen als „phänomenales Ereignis im politischen Leben Chinas“ vermarktet. Justizminister Zhang erklärte, es gelte, die breite Masse mit der „spirituellen Essenz“ der Neuerungen vertraut zu machen. Zu diesem Zweck werde das Ministerium verschiedene Vorlesungen, Seminare, Expertenrunden und Quizspiele durchführen, so Zhang. Dabei sollen moderne Massenmedien und satellitengestützte Ausbildungsnetzwerke die optimale Verbreitung der Verfassung ermöglichen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Kampagne besteht darin, die Verfassungsinhalte an Regierungsvertreter zu vermitteln. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete Mitte April, dass auf Provinzebene bereits eine halbe Million Staatsbediensteter

die revidierte Verfassung verinnerlicht hätten. Damit folgten sie der Aufforderung von Ministerpräsident Wen Jiabao, so die Agentur. Der Premier hatte vor dem Staatsrat gefordert, dass „Regierungsbeamte aller Ebenen die Führung im Studium der Verfassung“ übernehmen sollten.

Für zahlreiche chinesische Experten stellt die Verbreitung der Verfassungsinhalte einen Meilenstein auf dem Weg zu einer rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft dar. Professor Ye Duchu von der zentralen Kadenschule der KPCh bezeichnet die Aufklärungskampagne laut Xinhua als ein historisches Signal zivilisierter Politik: „Den Respekt vor der Verfassung zu erhöhen – das bedeutet gleichzeitig, die Entwicklungsrichtung der zukünftigen politischen Kultur Chinas festzulegen.“

Ausländische Beobachter warnen davor, die neue Verfassung allzu optimistisch zu bewerten. Das Dokument besitze nach westlichen Kriterien bei weitem nicht den Stellenwert eines konstitutionellen Grundgesetzes. Die neue Verfassung enthalte zwar Elemente eines zivilrechtlichen Verständnisses – inwiefern daraus allerdings Mechanismen zur Beschränkung staatlicher Macht abgeleitet werden könnten, bliebe abzuwarten. Ohne eine unabhängige Instanz zum Schutze der Verfassungsrechte sei die juristische Relevanz der Zusätze trotz aller Euphorie eher als niedrig einzustufen. (RMRB, 2., 3.4.04, nach BBC PF, 4.4.04; Xinhua, 4.4.04, nach BBC PF, 7.4.04; XNA, 11.4.04) -fs-

11 Freilassung dreier Tian'anmen-Aktivistinnen

Die chinesische Regierung entließ Anfang April drei Mitglieder der „Tian'anmen-Mütter“. Bei den drei Frauen handelt es sich um Huang Jinping, Zhang Xianling sowie die Wortführerin der Gruppe, Professor Ding Zilin. Chinas Staatssicherheit hatte die Aktivistinnen Ende März verhaftet. Die Regierung warf den Frauen Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen zur Vorbereitung illegaler Aktivitäten vor. Der Nachrichtenagentur Xinhua zufolge hätten die Aktivistinnen Reue gezeigt. Professor Ding habe darüber hinaus gestanden, gegen chinesische Sicherheitsge-

setze und Zollbestimmungen verstoßen zu haben. Daraufhin hätten die Behörden den drei Frauen Verwarnungen erteilt und sie auf freien Fuß gesetzt.

Internationale Beobachter wie die Menschenrechtsorganisation Human Rights In China, berichten indes eine andere Version: Die Aktivistinnen hätten der UN-Menschenrechtskommission eine Videoaufzeichnung mit Augenzeugenberichten des Tian'anmen-Vorfalles zukommen lassen wollen. Daraufhin habe die Polizei die Frauen festgenommen. Die drei seien nun auf Grund internationalen Drucks, vor allem von Seiten der USA, freigelassen worden. Die Frauen hätten keinerlei Vergehen gestanden, so die *South China Morning Post*. „Das ist nur ein Versuch der Regierung, das Gesicht zu wahren,“ zitiert die Hongkonger Zeitung den Ehemann von Ding Zilin.

Bei dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens erschossen Soldaten der Volksbefreiungsarmee in der Nacht zum 4. Juni 1989 mehrere hundert Demonstranten. Bis heute lautet die offizielle Position, es habe sich bei dem Ereignis um die notwendige Niederschlagung von „schwerwiegenden politischen Unruhen“ gehandelt.

Die „Tian'anmen-Mütter“, ein Netzwerk von Verwandten der damaligen Opfer, setzen sich für die Rehabilitierung der Demonstranten und eine Neubewertung der Protestbewegung ein. In den letzten Jahren hatten verschiedene Aktivisten immer wieder gefordert, dass die Regierung die Verantwortung für das Massaker übernehmen solle (C.a., 2004/3, Ü 7).

Kommentatoren gehen davon aus, dass die Partei auch in naher Zukunft keine öffentliche Kritik an dem Vorfall zulassen wird. Viele der damals verantwortlichen Parteimitglieder bekleiden heute einflussreiche Positionen. Aus Sicht der Parteispitze könnte eine Neubewertung des 4. Juni 1989 die Legitimationsgrundlage der Einparteienherrschaft beschädigen.

Aus diesem Grund geht die Parteiführung bis heute energisch gegen jede Form von Dissens vor. Das *Wall Street Journal* berichtete im April über mehrere chinesische Aktivisten, die wegen ihres Einsatzes für mehr Menschen-

rechte mit Freiheitsentzug und Folter bestraft worden waren. Unrechtmäßige Inhaftierungen seien in China immer noch an der Tagesordnung, so die Autoren. Der aktuelle Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International belege darüber hinaus, dass im vergangenen Jahr weltweit zwei Drittel der Todesstrafen in der Volksrepublik vollstreckt worden seien.

Der X. Nationale Volkskongress hatte auf seiner zweiten Plenarsitzung im März offiziell den Schutz der Menschenrechte (*renquan*) als staatliche Aufgabe in die Verfassung der Volksrepublik aufgenommen (C.a., 2004/4, S.259-274). Nach Angaben von Beobachtern hätten die Behörden im Vorfeld der Verfassungsrevision zahlreiche potenzielle Demonstranten vorübergehend in Haft genommen oder der Hauptstadt verwiesen. Für Kommentatoren ist dies ein Zeichen für die Doppelmoral der Zentralregierung. „Versprechungen gelten nur so lange, wie sie die kommunistische Herrschaft stärken“, so ein Beijinger Anwalt nach Angaben der *International Herald Tribune*. Der Jurist beklagte, dass die Regierung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte lediglich als Werkzeuge begreife, etwa nach der Maxime: „Wenn das Werkzeug funktioniert, benutze es. Wenn nicht, dann suche dir ein anderes.“

Nach Ansicht von Kommentatoren sind Repressalien der Regierung gegenüber Dissidenten erneut wahrscheinlich, je näher der 15. Jahrestag des Tian'anmen-Vorfalles rückt. So hat die Beijinger Regierung beispielsweise seit Mitte April die Sicherheitsvorkehrungen am Platz des Himmlischen Friedens verstärkt. Alle Polizeieinheiten wurden angewiesen, sich auf mögliche Sicherheitsvorfälle einzustellen. Notfallübungen wurden laut Xinhua ausdrücklich empfohlen. Beobachter gehen davon aus, dass chinesische Aktivisten im kommenden Monat wieder vermehrt staatlicher Willkür und Schikane ausgesetzt sein könnten. (RTHK, 2.4.04, nach BBC PF, 3.4.04; SCMP, 3.4.04, nach BBC PF, 4.4.04; WSJ, 5., 7., 11.4.04; IHT, 8.4.04; XNA, 19., 29.4.04) -fs-

12 Staatsrat berät über mangelhafte Sicherheit im öffentlichen Raum

„Sicherheitsverantwortung wiegt schwerer als der heilige Berg Tai“, so lautete nach Angaben der Nachrichtagentur Xinhua der Tenor eines Staatsratstreffens am 14. April. Unter der Leitung von Ministerpräsident Wen Jiabao berieten die Mitglieder, wie mit den jüngsten Verstößen gegen die Sicherheit im öffentlichen Raum umzugehen sei. In den vergangenen Monaten war es in China wiederholt zu schweren Unfällen gekommen. Drei der Vorfälle bezeichnete die Regierung als „außergewöhnlich ernst“.

Im Dezember letzten Jahres waren nordöstlich der Metropole Chongqing (Provinz Sichuan) 10.000 Menschen bei einem Gasunglück zum Teil schwer vergiftet worden. 243 Menschen kamen ums Leben. Untersuchungen führten zu dem Schluss, dass Fahrlässigkeit die Katastrophe verursacht hatte. Drei Arbeiter des Staatsunternehmens China National Petroleum Corporation (CNPC) sollen wichtige Sicherheitseinrichtungen an einem Bohrloch abmontiert haben. Anschließend schätzten sie die entweichende Gasmenge falsch ein und verwandelten so eine 25 Quadratkilometer große Fläche um die Bohrstelle in eine „Todeszone“. 60.000 Menschen mussten evakuiert werden (C.a., 2003/12, Ü 12). Das zweite Unglück ereignete sich Anfang Februar im Beijinger Vorort Miyun. Bei einer Massenhysterie wurden 37 Menschen getötet. Auch hier soll Fahrlässigkeit die Ursache der Tragödie gewesen sein. Der dritte Unfall geschah Mitte Februar. In der Stadt Jilin (Provinz Jilin) starben 54 Menschen bei einem Kaufhausbrand. Ein Arbeiter soll eine glühende Zigarette in einen Schutthaufen geworfen und so das Feuer ausgelöst haben, berichtet das *Wall Street Journal*. Blockierte Notausgänge und fehlerhafte Alarmanlagen machten das brennende Einkaufszentrum zu einer Todesfalle.

Der Regierung sind die Probleme in der öffentlichen Sicherheitslage des Landes bekannt: Aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen auf Baustellen, in Minen und in Gebäuden sterben jedes Jahr etwa 130.000 Menschen, 700.000 werden verletzt. Die

finanziellen Verluste betragen jährlich umgerechnet 15 Mrd. US\$ (C.a., 2004/2, Ü 15).

Mit mehreren Maßnahmen will die Regierung nun hart durchgreifen. Kader, deren Nachlässigkeit zu Arbeitsunfällen führt, sollen ab sofort die Verantwortung tragen. Das Motto der neuen Initiative lautet: „Die Schuld auf sich nehmen und zurücktreten“. Aus den drei geschilderten Unfällen zogen bereits hochrangige Funktionäre persönliche Konsequenzen (C.a., 2004/1, Ü 13): Nachdem im Januar der Vizepräsident der CNPC-Tochterfirma Petro-China, Wu Yaowen, aus dem Dienst ausschied, legte nun auch der Vorsitzende von CNPC, Ma Fucai, sein Amt nieder. Zhang Wen, Regierungschef des Bezirkes Miyun bei Beijing, reichte ebenso seinen Rücktritt ein wie der Bürgermeister der Stadt Jilin, Gang Zhangbiao. Insgesamt veranlasste die Zentralregierung in 55 Fällen Disziplinarmaßnahmen. Gegen 13 Verantwortliche wurde Anklage erhoben.

Neben diesen konkreten Strafmaßnahmen formulierte der Staatsrat fünf Vorgehensweisen, durch die die Sicherheitslage im Land zukünftig verbessert werden soll (hier im gekürzten Wortlaut):

1. Wir müssen die Idee etablieren, uns auf das Volk zu konzentrieren und für das Volk verantwortlich zu sein. Wir müssen die Maxime aufrechterhalten, eine Partei aufzubauen, die den Interessen des Volkes dient und für das Volk regiert. Wir müssen die Sicherheit und das Wohlergehen der Massen im Auge behalten und die Interessen des Volkes sowohl zum Ausgangspunkt als auch zum Ziel jeder Regierungstätigkeit machen.
2. Wir müssen uns mit ganzem Herzen und gewissenhaft der Erfüllung unserer Pflichten sowie unserer Regierungsverantwortung verschreiben. [...] Auf keinen Fall darf die Vernachlässigung von Pflichten zu Verlusten bei Partei und Volk führen.
3. Wir müssen unsere Aufgaben im Einklang mit dem Gesetz erfüllen und uns an Regeln und Verordnungen halten. Wir müssen die Verbesserung und strenge Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen gewährleisten, Mechanismen

zur Begegnung von Krisen etablieren und auf allen Ebenen Verantwortungsbewusstsein demonstrieren. [...]

4. [...] Wir müssen unsere Arbeitsweisen verbessern, und zwar auf eine konkrete Art und Weise. Wir müssen Sicherheitsmaßnahmen etablieren und Verantwortungen klar definieren. Wir müssen strenge Kontrollen durchführen und uns niemals dem Formalismus hingeben.
5. Alle Regierungsebenen müssen strenge disziplinarische Regulierungen durchsetzen und in fairem Maße Belohnungen und Strafen austeilen. Nur die konsequente Umsetzung der Rechenschaftspflicht und die ernste Durchführung von Ermittlungen kann gewährleisten, dass Regierungsentscheidungen ohne Fehler ausgeführt, Befehle befolgt und Verbote eingehalten werden.

Die neuen Maßnahmen werden von Experten als Versuch gewertet, das beschädigte Vertrauen der Bevölkerung in die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen. Es bleibt abzuwarten, ob solche politischen Willensbekundungen und disziplinarischen Mittel den gewünschten Effekt erzielen werden. Die offenkundigen Defizite lassen sich nicht über Nacht verbessern – das zeigte nur wenige Tage nach der Staatsratssitzung ein erneuter Zwischenfall in der Stadt Chongqing: Bei Explosionen in einem Chemiewerk starben neun Menschen, hunderte wurden verletzt. Aufgrund entweichenden Chlorgases musste die Regierung 150.000 Menschen evakuieren. Ursache der Katastrophe waren eine veraltete Ausrüstung und ein unsachgemäßer Betrieb. (SCMP, 13.4.04, nach BBC PF, 14.4.04; Xinhua, 14.4.04, nach BBC PF, 15.4.04; XNA, 14., 20., 22., 28.4.04; BBC News Asia-Pacific online, 17.4.04; CNN Asia News online, 17.4.04; WSJ, 18.4.04) -fs-

13 Premier veranlasst Untersuchungen im Milchpulverskandal

Der Verkauf falschen Milchpulvers in der Stadt Fuyang (Provinz Anhui) hat im April zu massiver Unterernährung

bei fast 200 Neugeborenen geführt. 13 der Säuglinge starben, so die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua. Als Reaktion auf den Skandal entsandte Ministerpräsident Wen Jiabao am 22. April eine Untersuchungsmannschaft in die betroffene Region. Unter der Leitung von Zheng Xiaozu, Direktor der staatlichen Nahrungsmittelbehörde, soll das Team illegale Vertriebsnetze offen legen, verantwortliche Einzelhändler dingfest machen und der betroffenen Bevölkerung medizinische Unterstützung zukommen lassen. Die Gruppe setzt sich aus Experten von sieben verschiedenen Behörden zusammen. Neben der Nahrungsmittelbehörde sind unter anderem das Ministerium für öffentliche Sicherheit, das Gesundheitsministerium und das Handelsministerium vertreten. Einige der Inspektoren besuchten betroffene Familien und sprachen den Angehörigen ihr Beileid aus. Ministerpräsident Wen Jiabao drohte den Schuldigen inzwischen drakonische Strafen an. Der Verkauf gefälschter Markenprodukte wird mit Geldstrafen sowie Freiheitsentzug von 15 Jahren bis lebenslanglich geahndet.

Bei Durchsuchungen auf 40 Märkten stellten die Polizeibehörden von Anhui über 6.000 Säcke minderwertigen Milchpulvers sicher. Bislang wurden 17 Verdächtige festgenommen, gegen 34 weitere Personen laufen Untersuchungen. Außerdem ermittelten die Beamten, dass in der Gegend um Fuyang im vergangenen Jahr bis zu 60 Todesfälle auf den Verkauf minderwertigen Milchpulvers zurückzuführen sein könnten. Bei vielen der beschlagnahmten Präparate lag der Proteingehalt lediglich bei einem Achtzehntel des üblichen Wertes. Wichtige Mineralien wie Eisen oder Zink fehlten völlig. Das Ergebnis war, dass viele der betroffenen Säuglinge Ödeme entwickelten – einige wogen im Alter von zwölf Monaten weniger als bei ihrer Geburt. Angaben der BBC zufolge sprachen Ärzte des Fuyanger Volkskrankenhauses von dem verheerendsten Fall von Unterernährung in 20 Jahren. Bislang ist ungeklärt, ob die Präparate giftige Chemikalien enthielten – einige Neugeborene sollen schon wenige Tage nach Aufnahme der gefälschten Milchprodukte gestorben sein.

Experten zufolge ist die Herstellung falscher Nahrungsmittel und Phar-

maprodukte in China unter skrupellosen Geschäftemachern eine gängige Praxis, um an schnelles Geld zu kommen. Im Fall des Milchskandals hätten die Vertreter der Unterlagen und Gütesiegel der Produkte gefälscht. Außerdem hätten die Händler falsche Firmennamen und -adressen benutzt. Die meisten Opfer der Milhhändler waren Bauern aus der ländlichen Umgebung Fuyangs. Durch ihr geringes Einkommen (etwa 240 US\$ im Jahr) und mangelndes Verbraucherbewusstsein seien sie die ideale Zielgruppe der profitgierigen Geschäftsleute, so die Meinung von Beobachtern.

Auch benachbarte Regionen melden inzwischen Fälle von Unterernährung bei Säuglingen: Die ostchinesischen Provinzen Shandong und Jiangsu sowie die Stadt Beijing sollen Ermittlungen gegen Milchpulververtreiber eingeleitet haben.

Die Berichterstattung der Vorfälle durch Chinas zentrale Fernsehanstalt hatte landesweit für Empörung gesorgt. Besonders heikel ist, dass die Stadtverwaltung von Fuyang laut Berichten der BBC bereits seit Mai letzten Jahres über die mangelhaften Babyprodukte informiert gewesen sein soll, jedoch keine Maßnahmen ergriffen hätte. (BBC News Asia-Pacific online, 20., 21., 22.4.04; CNN Asia News online, 20.4.04; XNA, 22., 23., 24., 27.4.04) -fs-

14 Bauprojekte in Xinjiang lassen Minderheiten unberücksichtigt

Entwicklungsprojekte in der autonomen Region Xinjiang haben sowohl nationale Minderheiten als auch ausländische Beobachter zur Sorge veranlasst. Auf örtliche Volksgruppen werde bei der Umsetzung der Projekte kaum Rücksicht genommen, erklärte die Menschenrechtsorganisation Human Rights In China. Wie das *Wall Street Journal* berichtet, sollen etwa Altstadtviertel der uigurischen Stadt Kashgar einem kommerziellen Großprojekt weichen. Wo bislang an Kebab-Ständen und Teppichgeschäften reges Treiben herrsche, solle nun ein modernes Einkaufszentrum entstehen. Die Kosten liegen bei 130 Mio. US\$.

Die örtliche muslimische Bevölkerung sei empört, berichtet das *Wall Street*

Journal. Der geplante Neubau sei für viele ein Zeichen der Unterdrückung. Ein Mitarbeiter von Human Rights In China erklärte, die Zentralregierung verfolge mit ihrer Strategie zur Entwicklung Westchinas (C.a., 2002/10, S.1139-1155) lediglich die Absicht, ihre politische Kontrolle über die uigurische Minderheit auszuweiten. Tatsächlich sei die Entwicklungspolitik der Zentralregierung Träger einer ausgefeilten Umsiedlungspolitik, wie sie seit Jahren in Tibet durchgeführt werde.

Das aktuelle Bauprojekt beispielsweise sei, wie viele andere, ein Projekt von Han-Chinesen für Han-Chinesen, kritisieren Kommentatoren. Schon die Grundstückspreise verhinderten, dass sich dort Uiguren niederließen. Der Preis für einen Quadratmeter in der Innenstadt Kashgars sei inzwischen von ehemals 120 US\$ auf bis zu 3.000 US\$ gestiegen. Die meisten Muslime würden angesichts dieser Entwicklung in die Vororte der Stadt ziehen müssen.

Die parteistaatliche Zentrale weist die Vorwürfe zurück: Der Staat habe zum Schutz und zur Pflege des kulturellen Erbes von Minderheiten landesweit enorme Summen aufgebracht. In Kashgar sei auf die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung durchaus Rücksicht genommen worden. So gelte die 500 Jahre alte Id Kah Moschee im Zentrum der Stadt heute als einer der „bedeutendsten historischen Orte des Landes“. Auch das uigurische Flair der Altstadt werde durch das Entwicklungsprojekt nicht beschädigt: Die staatliche Entwicklungskommission habe dafür Sorge getragen, dass sich alle neuen Bauprojekte an dem traditionellen Stadtbild orientierten. (WSJ, 14.4.04) -fs-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Beschäftigungssituation für Hochschulabsolventen wird auch im Jahr 2004 angespannt sein

China erwarte für das Jahr 2004 2,8 Mio. Absolventen von Universitäten und Hochschulen, die einen Arbeitsplatz suchen; dies seien 32% mehr als im letzten Jahr, berichtete der stellvertretende Ministerpräsident Huang Ju am 21. April auf einer Konferenz zur Beschäftigungssituation von Hochschulabsolventen in Beijing. Sowohl der Zunahme der Absolventen als auch deren Anstellungsproblemen gelte die Aufmerksamkeit der Regierung. Alle Lokalregierungen sollten sich um die Verbesserung der Anstellungsbedingungen für Graduierte bemühen, sie aber auch ermutigen, sich selbständig zu machen oder in Privatbetrieben Anstellung zu suchen (XNA, 22.4.04).

Die hohe Zunahme an Absolventen ist das Ergebnis einer gezielten Ausweitung des Hochschulwesens seit 1999. Bereits in diesem Jahr nahmen die Universitäten 900.000 Studenten mehr auf als noch 1998, 5,94 Mio. im Vergleich zu 5,04 Mio.; insgesamt schrieben sich im tertiären Bildungswesen 47,4% mehr neue Studenten ein. Diese Ausweitung spiegelt das strategische Umsteuern von „Elitehochschulen“ zu „Massenhochschulen“ wider, das von der Regierung für notwendig erachtet wird, um den neuen Anforderungen sowohl der wirtschaftlich-technologischen als auch der sozialen Entwicklung begegnen zu können.

Im vergangenen Jahr (2003) beendete der erste dieser neuen Absolventenjahrgänge sein Studium und stieß auf erhebliche Anstellungsprobleme. Der Arbeitsmarkt hatte sich u.a. durch die fortschreitende Reform der staatseigenen Unternehmen, aber auch durch Reformmaßnahmen in der staatlichen Verwaltung weiter verengt, die Arbeitslosenrate ist in den Städten auf über 4% gestiegen (4,3% im ersten Quartal 2004, XNA, 10.5.04). Auch hat das Wirtschaftswachstum weniger